

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Fernpost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18008.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg., bei Plagvorschrift 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Bestimmung 6.— Mk. jedes Laufend, bei Teilaufgabe 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Notverfassung beschlossen.

Parteitagfragen.

I.

Der außerordentliche Parteitag, dessen Termin noch nicht feststeht, den wir aber wohl zu Ende Februar oder Anfang März erwarten dürfen, soll offenbar nur von kurzer Dauer sein. Eine längere Tagung wäre ja auch in dieser bewegten Zeit, in der alle Kräfte zur Bewältigung der nächsten Aufgaben angespannt werden müssen, nicht angebracht.

Daraus ergibt sich, daß der Parteitag mit seiner knappen Zeit sehr haushälterisch sein muß, wenn er auch nur die kurze Tagesordnung, die ihn bei der ersten Einberufung zum Februar vorgeschlagen wurde, gut und gründlich erledigen will. Nachdem er die Rechenschaftsberichte der Zeitung entgegengenommen hat, sollte er noch über Programm, Taktik, Einigkeit des Proletariats und die Organisation befinden. Ob die Zeitung zu diesen Materien Vorschläge machen wird, ist noch nicht bestimmt. Es wäre erwünscht, daß sie in diesem Falle wenigstens ihre Resolutionen oder Anträge alsbald bekanntgibt, damit den Mitgliedern der Partei noch halbwegs möglich ist, sie vor der Wahl der Delegierten zu prüfen und diesen einen Anhalt über ihre Stellung dazu zu geben.

Was das Programm anbetrifft, so ist allerdings klar, daß das Referat des Genossen Haase über Anregungen nicht hinandergeschoben kann, daß schon wegen der beschränkten Zeit eine gründliche Aussprache über die Neugestaltung des Parteiprogramms nicht möglich ist, noch viel weniger aber Beschlüsse auf Abänderung gefaßt werden können. Es könnte nur eine überhäufte Fiktion herauskommen, die bei einem so wichtigen Gegenstand unbedingt von Nutzen wäre. Dieser Parteitag wird nicht mehr im Innern, als eine Kommission für die Revision des Programms einzusetzen. Es fragt sich schon, ob er imstande sein wird, dieser Körperschaft noch die eine oder andre Richtlinie für ihre Arbeit zu geben. Wir würden es für das Beste halten, wenn er auf alle überreife Gelegenheitsarbeit verzichtete würde.

Anderes steht es mit der Aufstellung eines Aktionsprogramms. Diese Frage ist durch die Richtlinien des Genossen Kautsky aufgeworfen und muß beantwortet werden. Auch der Entwurf, den Genosse Hilferding in der letzten Sonntagnummer der Freiheit veröffentlicht, wird dabei zu erörtern sein. Aber dieses Thema fällt mit dem der Taktik und der Einigungsbefrebungen zusammen und ist in Verbindung mit ihnen zu behandeln.

Kurz wird hoffentlich die Beratung über die Organisation der Partei sein. Wir wollen nicht wieder in die Anbetung des Organisationsfetters verfallen, wie sie in der alten Partei vor dem Arlege üblich war. Wir wollen mehr Wert darauf legen, daß die Initiative der Massen der Arbeiterschaft fest und lebendig erhalten werde, denn wieder in den Glauben verfallen, daß eine aufseiner Seite und in allen Einzelheiten ausgebaute Organisation die gesunde Lebenskraft und das Wachstum unserer Partei verbleiben könne. Es kommt weniger auf die äußeren Formen an, in denen sich die Parteiarbeit vollzieht, als auf den Inhalt dieser selbst. Selbstverständlich können wir nicht auf jede Organisation verzichten; sie muß das Tragegerüst der politischen Arbeit der Genossen sein. Aber vor ihrer Ueberhöhung sollen wir uns hüten, sie soll uns nicht zum Selbstzweck werden — das Formular, die Akten und das Mitgliederbuch dürfen nicht zum Hauptinhalt unserer Parteibewegung werden, der Geist darf nicht vom Papier erstickt werden.

Wir meinen, daß das Provisorium von Organisation, das Usterr 1917 in Göttingen geschaffen wurde, vorläufig den Bedürfnissen der Partei noch genügt, daß jetzt jedenfalls nicht die Zeit ist, eingehend über seine Verbesserung zu beraten. Wenn die Praktiker der Organisation leicht und schnell zu verwirklichende Verbesserungsansätze zu machen haben, die sie aus der Praxis der verflochtenen Zeit gefolgert, so ist allenfalls gegen ihre Beratung nichts einzuwenden. Darüber hinaus aber soll man jetzt nicht gehen und sich damit begnügen, die bisherigen Erfahrungen über die Arbeit im Rahmen der bisherigen Organisation auszuwerten und daraus Anregungen für die Weiterarbeit zu entnehmen. Die Veränderung der Wahlkreiseinteilung, der Fortfall der bisherigen Reichstagswahlkreise gibt unsred Erachtens noch keinen Anlaß, die Grundlagen der Organisation zu ändern — es ist ja noch nicht bestimmt, ob die neuen Verhältniswahlkreise von Dauer sein werden. Als Rahmen der unteren Einheit der Parteiorganisation wären sie ohnehin zu groß. Es könnte sich nur fragen, ob nun nicht die Organisationen räumlich sehr ausgedehnter Wahlkreise geteilt, ob andererseits nicht bisher getrennte Organisationen in einem Ort zusammengelegt werden können. Dagegen ist unsred Erachtens nichts einzuwenden. Aber es ist auch wohl kaum etwas verloren, wenn diese Maßnahmen wegen dringlicherer Aufgaben zurückgestellt werden.

Die Hauptarbeit des Parteitags würde sich dann auf die beiden Punkte Taktik und Einigkeit des Proletariats konzentrieren und die gründliche Erörterung dieser beiden eng zusammengehörenden Punkte ist sicherlich das dringendste Bedürfnis. Um hier zur höchst notwendigen Klarheit zu kommen, ist der Ruf nach dem Parteitag überhaupt erst laut geworden. Für die Zukunft der Partei, der Arbeiterbewegung, der Revolution hängt sehr viel, alles vielleicht, von den Beschlüssen ab, die der Parteitag bei der Beratung dieser beiden Punkte fassen wird. Hier sind die Vorschläge Kautskys und Hilferdings einzureihen.

Die letzten Wochen haben bereits in zwei großen Zentren der Unabhängigen Sozialdemokratie, in Berlin und Leipzig, eine Abfrage an die Taktik gebracht, die der Spartakusbund propagiert und propagiert. Es ist das der einzige Weg zum Ausstieg der Partei. Aber es fehlt noch manches, bis diese Erkenntnis in der gesamten Partei zum siegreichen Durchbruch kommt. Dazu muß es der Parteitag bringen. Er muß volle Klarheit schaffen zwischen uns und Spartakus. Wenn die Bluttat der Ebert und Genossen unsere Berliner Mitgliedschaft eine Zeitlang zu einer Parallellage mit den Kommunisten führte, so darf deshalb nicht der Unterschied zwischen der Taktik unserer Partei und der Spartakisten verwischt werden.

In revolutionären Zeiten kann in Momenten höchst gesteigert Spannung, wenn der Kampf sich zur Entscheidung zuspitzt, eine Aufhebung der demokratischen Garantien angebracht, ja notwendig sein als vorübergehende Kampfmaßregel. Wir dürfen aber nie die Erkenntnis verwischen lassen, daß es sich in solchen Fällen immer nur um kurzfristige Ausnahmemaßnahmen handeln darf. Wir dürfen nicht den alten blamabwürdigen Wahn wieder aufzuwachen lassen — der gerade von der marxistischen Sozialdemokratie überwunden sein sollte, der freilich durch seine Bequemlichkeit und Einfachheit immer wieder im Proletariat Anhänger findet — daß die Gewalt auf die Dauer eine bleibende, feste Ordnung aufzurichten vermöchte, daß man ein Volk oder genauer gesagt das Proletariat wider seinen Willen diktatorisch machen kann. Die Diktatur des Proletariats ist möglich auch gegen eine kleine bürgerliche Mehrheit, wie sie die Nationalratswahlen gebracht haben, und bietet auch Ausichten, diese bürgerliche Mehrheit schließlich in eine Minderheit zu verwandeln, da die Interessen eines großen Teils der bürgerlichen Wähler — ihnen vorerst noch unbewußt — proletarische Interessen sind, die durch die Diktatur des Proletariats wirkungsvoll verfochten werden. Wenn die Sachlage so stünde, so würden wir uns sicherlich nicht bedenken, die Gebote der formalen bürgerlichen Demokratie zu verletzen und der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung durch eine kurze Episode der Diktatur, für die uns die wirtschaftliche Bedeutung der Arbeiterklasse und ihre die der Bourgeoisie überwiegende politische Kraft die Mittel gäbe, einen entscheidenden Stoß nach vorwärts zur sozialistischen Ordnung zu geben. So aber haben die Dinge bisher in der deutschen Revolution noch nie gelegen, so werden sie auch noch nicht in kurzer Frist liegen, wie die Nationalversammlungswahlen leider eben bewiesen haben. Der größere Teil des Proletariats, darüber lassen die Zahlen der Wahlergebnisse keinen Zweifel, soviel bürgerliche und halbbürgerliche Wähler man auch den Rechtssozialisten anrechnen darf, steht noch im Lager der Scheidemänner, ist noch nicht reif für die entscheidende, unumkehrbare Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie, folgt unserm Kampfrufe noch nicht. Deshalb war die Befehung der bürgerlichen Blätter und des Vorwärts in Berlin durch die Revolutionäre eine falsche Taktik. Wenn die Umstände zum revolutionären Gewaltkampf gebrängt haben, so kann man solche Befehung und Inhabierung feindlicher Organe als eine Kriegsmaßregel von beschränkter Dauer, als eine Maßnahme zur Schwächung des Gegners gelten lassen. Das aber eine dauernde Aufhebung der Pressefreiheit sich weder mit den Grundgesetzen der Sozialdemokratie noch mit ihrer Erkenntnis der politischen Triebkräfte verträgt, daß zudem die an uns selbst erlebte Praxis und die Unwirksamkeit bloßer Gewaltmaßnahmen, ja ihre direkt ins Gegenteil des Gewollten umschlagende Wirkung stundtägig lehrt, darüber braucht wohl nichts weiter gesagt zu werden. Wenn das gesamte Berliner Proletariat einig und entschlossen gewesen wäre, die Regierung Ebert zu stürzen, so wäre die vom Spartakusbund angewandte Taktik berechtigt gewesen, sofern erwartet werden dürfte, daß das von Berlin gegebene Beispiel auf das Reich fortweisend, mitreißend gewirkt hätte. Aber schon die erste Voraussetzung fehlte, von der zweiten gar nicht zu reden, und unter diesen Umständen konnte das Vorgehen der Spartakisten nicht über einen wirkungslosen, aber uferlosen Putsch hinauswachsen. Vor dieser bitteren Erkenntnis dürfen wir die Augen nicht verschließen, so sehr wir uns auch in unserem Herzen mit den Opfern des Blutbads einsüßten, so heiß auch in uns die Empörung über die Blutpolitik der Ebertregierung ist, soviel lieber wir in diesem Falle auch auf der Seite

der Besiegten als der Sieger sind und so selbstverständlich es war, daß unsere Berliner Genossen in der durch die Abschmung ihrer Vermittlungsansätze von den Ebertleuten geschaffenen Zwangslage sich auf die Seite der kämpfenden Revolutionäre gegen die Gegenrevolutionäre stellen mußten. Soviel man auch von der ausstretenden Wirkung dieses Kampfes auf das Proletariat halten mag — der Ausfall der Nationalversammlungswahlen in Berlin zeigt freilich noch nicht viel davon —, so sinkt die Schale der Waage doch nach der andern Seite, wenn man das Ergebnis dieser Aktion betrachtet. Sie hat eine Schwächung der revolutionären Streitkräfte bewirkt, indem ein vereinigtes Korps vorzeitig in einer ausichtslosen Unternehmung aufgerieben wurde. Die Sache des revolutionären Proletariats blühte zweifellos heute besser, wenn es bei dem geblieben wäre, was der Plan unserer Berliner Parteigenossen war, bei einer Massendemonstration gegen die Befehung des Polizeipräsidenten Glöckner. Sie hätte diese Befehung vermutlich nicht rückgängig machen können, aber sie hätte die Empörung der linkssozialistischen Berliner Arbeiter dem Proletariat im Reich greifbar vor Augen geführt, und hätte damit jene politische Wirkung ausgelöst, die unter den zur Zeit bestehenden Macht- und Parteiverhältnissen erreicht werden konnte.

Restauration.

Die Verhandlungen der Nationalversammlung in Weimar stehen im Zeichen der Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse, der Restauration. Das kapitalistische Bürgertum hat es eilig. Es will schnell wieder die alten Zustände gesichert sehen, die erst kürzlich beseitigten Privilegien der bestehenden Klassen sollen schleunigst neu befestigt, das Proletariat wieder in die alte Helotenstellung zurückgedrängt werden.

Die revolutionäre Arbeiterschaft hat bisher versäumt, die in den Novembertagen errungene politische Macht dauernd zu verankern; die Bourgeoisie will nicht in demselben Fehler verfallen; sie befragt jetzt eifrig unter dem Deckmantel der Demokratie ihre eigenen Geschäfte, und die Rechtssozialisten leisten ihr ebenso eifrig dabei Helfersdienste.

Am Montag ist die provisorische Reichsverfassung von der Nationalversammlung angenommen worden. Nichts enthält sie von den durch die Revolution geschaffenen neuen sozialen und politischen Tatsachen, kein Wort ist darin enthalten, daß das Proletariat der Träger der Revolution ist, keine Silbe steht darin von den Arbeitern und Soldatenräten, den revolutionären Vertretungen des Proletariats. Die Arbeiterklasse wird ausgeschaltet, die alten Prinzipien der Autorität der Obrigkeit, des Untertanenverhältnisses werden in neuen Worten verkleidungen wiederhergestellt.

Verfolgt man die Vorgänge in Weimar, so gewinnt man den Eindruck, als wenn der alte Reichstagsblock, unangenehm berührt durch die Ereignisse des November 1918, wieder aufstanden ist und keinen andern Gedanken fassen kann, als sein früheres Geschäft wieder forzuführen.

Und dieser Eindruck entspricht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Nationalversammlung ist nichts weiter als eine Fortsetzung des alten Reichstags, dessen man nur mit einem Fluch gedenken kann. Genau so wie dort wird jetzt in Weimar hinter den Kulissen von den reaktionären Parteien und den Rechtssozialisten geschachtelt und geschoben; vor der Öffentlichkeit aber wird eine Komödie aufgeführt, als ob sich in unsern politischen Verhältnissen wunder welche Wandlungen vollzogen haben.

Damit in diesem Bilde auch nichts fehlte, soll Herr David seinen Präsidentenstuhl wieder räumen und ihn Herrn Fehrenbach vom Zentrum überlassen. Nicht etwa, als ob Herr David ein leuchtender Stern am Himmel des neuen Deutschlands ist; es könnte im Gegenteil gar keinen bessern Vertreter der kaisertreuen und kriegsbegeisterten Sozialdemokratie geben als gerade ihn. Aber in Herrn Fehrenbach verkörpert sich ganz besonders deutlich das alte Herrschaftswesen und die Ansprüche der Gegenrevolution. Seine Partei hat den Wahlkampf im ersten Bunde mit den Konservativen geführt; das Zentrum fordert ganz offen die Wiederherstellung der alten Gewalten, die Wiedereinführung der Monarchie. Herr Fehrenbach war es, der im November 1918 durch die Wiedereinberufung des Reichstags der Revolution damals schon das Genid abdrehen wollte.

In diesen Rahmen paßt der Beschluß der Nationalversammlung, die Geheimdiplomatie nicht abzuschaffen. Dazu paßt weiter die Ankündigung, daß ein neues stehendes Heer von 250 000 Mann geschaffen werden solle. Dazu paßt schließlich auch die Ausrüstung Blumroskes, das mit den Soldatenräten aufzuräumen